

## Mit Innovation und Digitalisierung das Klima schützen

Positionspapier der FDP/PIRATEN Fraktion Linnich

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Der Umgang mit dem Klimawandel entscheidet über nicht weniger als die Lebensgrundlage von Mensch und Tier. Die Bekämpfung der Folgen ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und hat höchste Priorität internationaler, europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Politik. Das Gelingen oder auch Nichtgelingen wird unsere Zukunft einschneidender prägen als jeder andere Faktor.

Mit der Umsetzung des aktuellen Klimaschutzkonzeptes und weiterer energiesparender Maßnahmen hat die Stadt Linnich schon bisher einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Wir erkennen an, dass die Bekämpfung des Klimawandels nur mit internationaler Verständigung gelingen wird. Wir bekennen uns daher zu den Zielen des Paris Klimaschutzabkommens und sehen die Ziele des Abschlussberichts der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung als wichtigen Beitrag unserer Region zum Klimaschutz. Das Rheinische Revier und damit auch unsere Heimatstadt kann Vorreiter beim Klimaschutz werden. Das Gelingen wird darüber entscheiden, ob uns andere Regionen/Länder, insbesondere solche mit einem hohen Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß, folgen werden.

Die freie, soziale und ökologische Marktwirtschaft hat wirksame Mittel und Möglichkeiten, den Klimawandel zu bekämpfen. Leitgedanke ist dabei der Schutz der Würde des Menschen. Das heißt: Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört das Recht auf eine Umwelt und ein Klima im besten Zustand. Wir sind davon überzeugt, dass eine massive Verbotskultur und ein staatliches Eingreifen in die private Lebensführung nicht zum Gelingen des Klimaschutzes beitragen werden. Vielmehr setzen wir auf verstärkte Verbraucherinformation und marktwirtschaftliche Anreize, die ein umwelt- und klimabewusstes Verhalten belohnen.

Auch wenn wir uns bewusst sind, dass der Klimaschutz letztlich nur international gelingen kann, dürfen wir auf kommunaler Ebene nicht tatenlos zusehen, sondern sollten mutig voranschreiten – mit innovativen Ideen und verstärkter Digitalisierung. Konkret spricht sich die FDP/PIRATEN Fraktion für die folgenden Maßnahmen aus:

1. Bei der Beschaffung städtischer Fahrzeuge ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu berücksichtigen. Die Nutzung von E-Mobilität, Wasserstoffantrieb und Hybrid-Fahrzeugen ist zu prüfen.
2. Ausbau der digitalen Verwaltung hin zu einer weitgehend papierlosen Verwaltung.
3. In Abstimmung mit den zuständigen übergeordneten Behörden, sind Flächen zur Aufforstung auszuweisen und auch unabhängig vom Verkauf von Ökopunkten entsprechend zu bepflanzen und zu pflegen.
4. Alle nicht bebauten kommunalen Flächen, die nicht für eine barrierefreie Wegebeziehung vorgesehen sind, müssen entsiegelt, begrünt und gepflegt werden. Vorrangig müssen dazu heimische Insekten ernährende und fördernde Sämereien und Bepflanzungen genutzt werden. Pflegearme Staudenmischplanungen sind ebenso zu berücksichtigen.

*Konzeptideen:*

(1) [https://www.lwg.bayern.de/landespflege/urbanes\\_gruen/087938/index.php](https://www.lwg.bayern.de/landespflege/urbanes_gruen/087938/index.php)

(2) [https://www.julius-kuehn.de/media/Institute/GF/FS\\_Stadtgruen/5/FS\\_5\\_Stadtgruen\\_1\\_Schmidt.pdf](https://www.julius-kuehn.de/media/Institute/GF/FS_Stadtgruen/5/FS_5_Stadtgruen_1_Schmidt.pdf)

5. Die Oberflächen kommunaler Gebäude im Bestand und im Neubau sind in diesem Zuge auch auf dunkle Flächen, die für eine Überhitzung anfällig sind, zu prüfen und entsprechend zu verändern. Alle kommunalen Dachflächen in relevanter Größe werden, soweit dies möglich ist, begrünt und mit einer Smart-Roof-Technologie bestückt. Dachbegrünungen sorgen gerade bei Starkregen für ein verzögertes Einleiten des Regenwassers in den Kanal, zudem binden sie Staub. Eine gleichzeitige Nutzung der Dachflächen für Energieerzeugungsanlagen (PV oder Solarthermie) ist bei den Planungen zu berücksichtigen (s. auch 10.).

6. Vorgärten können Inseln für hitzesenkende Begrünung und darüber hinaus Lebensraum für Insekten und andere Tiere darstellen, sofern diese nicht als reine "Steingärten" angelegt werden. Bei neuen Siedlungsgebieten sollten Anreize geschaffen werden, die eine teilweise begrünte Nutzung von Vorgärten vorsieht. Hierbei ist zu prüfen, inwiefern eine Entlastung bei Steuern und/oder Abgaben möglich ist. Alternativ ist eine finanzielle Unterstützung in Betracht zu ziehen. Voraussetzung für eine Förderung/Entlastung ist eine zeitlich festzulegende Verpflichtung, die Vorgärten (teilweise) begrünt anzulegen.
7. Neue kommunale Gebäude müssen einen Aktivhausstandard erfüllen.
8. Im Stadtgebiet ist schrittweise eine Lade-Infrastruktur für CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge auszubauen. Hierbei ist bevorzugt auf die Kooperation mit der freien Wirtschaft zu setzen.
9. Bei Bundes- bzw. Landesliegenschaften im Stadtgebiet sollen CO<sub>2</sub>-Zielpfade mit den zuständigen Stellen vereinbart werden.
10. Städtische Gebäude, einschl. der Bürgerhallen, sind (erneut) für die Nutzung von Solarenergie zu prüfen. Das Solarkataster des Landes NRW bietet einen Ansatzpunkt, um Potentiale zu ermitteln.
11. Städtische Gebäude, einschl. der Bürgerhallen, sind im Hinblick auf eine energieeinsparende energetische Sanierung/Verbesserung hin zu prüfen. Bei der Prüfung ist die Frage der Wirtschaftlichkeit mit einzubeziehen.
12. Die Nutzung von Wasserkraft und Geothermie im Stadtgebiet sind zu prüfen. Für Nutzung von Geothermie sind die Voraussetzungen in Linnich besonders günstig. Der Grundwasserspiegel ist relativ hoch und somit ist ein Nachfluss von Energie gewährleistet.
13. Die ÖPNV-Angebote sind auszuweiten. Mit dem Schnellbus nach Baal wird eine Alternative zum Pkw geschaffen. Die Planungen zum Lückenschluss Linnich-Baal sind voranzutreiben. Bei der Wiederbelebung der alten Kreisbahnstrecke ist die Einbeziehung des Linnicher Stadtgebiets (Ederen) zu forcieren. Mit dem Ausbau des ÖPNV-Netzes sorgen wir für eine umweltfreundliche Mobilität.
14. Schaffung einer unabhängigen sowie möglichst interkommunalen und kostenfreien Energiewende-Beratungsstelle im Stadtgebiet. Die Co-Finanzierung einer Beratungsstelle durch Fördermittel ist zu prüfen. Die Stelle soll allen Linnicher Bürgern offen stehen und die Hemmschwelle vor Investitionen in energiesparenden und umweltentlastenden Lösungen nehmen. Die Beratungsstelle sollte ebenfalls Linnicher Unternehmen zur Angebotsabgabe offen stehen. So verbinden wir Umwelt- und Klimaschutz mit Wirtschaftsförderung.